

Informationsgesellschaft und immaterielle Volkswirtschaft

Autor(en): **Wirth, Robert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **78 (1998)**

Heft 2

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-165893>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

striegengesellschaften sich befinden, kann nur mit qualitativem Wachstum und unter grösstmöglicher Schonung der Ressourcen überwunden werden. Eine Flexibilisierung der Löhne und der Arbeitszeit ist ebenso eine wesentliche Voraussetzung für die Verminderung der Arbeitslosigkeit wie die Geldwertstabilität und ein geordnetes staatliches Haushalten. Freilich, die Gefahr, dass ein Zuviel an Deregulierung die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen in einer Gesellschaft verrohen lassen, ist allgegenwärtig. Diese Befürchtung der Gewerkschaften wird heute von anderen gesellschaftlichen Kräften geteilt, den Kirchen etwa und jenen, die an die politische Radikalität der Menschen als historisches Faktum erinnern, wenn sie an den Rand des Existenzminimums getrieben werden. Manches Gesetz, manche Verordnung ist ja nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, weil man, nicht nur in Deutschland, aus der Geschichte gelernt hat.

Die Arbeitslosigkeit ist heute auch und vor allem in erster Linie ein Problem des Strukturwandels der Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund hat das Schwergewicht der Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit struktureller, institutioneller Natur zu sein. Dazu gehören die mentale und materielle Förderung des Unternehmertums durch eine innovationsfreundliche Steuerpolitik und die Schulung von Selbständigkeit und Kreativität in den Bildungssystemen. In Erwägung gezogen muss aber auch, dass die Entwicklung neuer Technologien, die Veränderung der Produktionsprozesse mithin, welche zu Produktivitätsfortschritten führten, auch verantwortlich gemacht werden muss für den Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Kaum bezifferbar ist heute, ob die neuen Arbeitsplätze, die diese neuen Technologien in den letzten dreissig Jahren entwickelt haben, die dadurch verloren gegangenen Arbeitsplätze zahlenmässig kompensieren.

Die Arbeitslosigkeit zersetzt das moralische Gewebe der Gesellschaft. Dieser beunruhigende Befund *Ralf Dahrendorfs* muss heute den politischen Boden für ein gemeinsames Vorgehen aller in einer Volkswirtschaft beteiligten Kräfte ebnet helfen. Aufschlussreiche ausländische Beispiele wie etwa erfolgreiche Arbeitszeitmodelle bei VW oder Hewlett-Packard zeigen den Weg. Diesen Vergleichen freilich sind Grenzen gesetzt. Tatsächlich tun sich aber heute die westlichen Industrieländer am leichtesten damit, eine Trendwende einzuleiten, deren Lohnniveau immer schon tief war. Dazu gehören neben Holland vor allem die angelsächsischen Länder. Deutschland und die Schweiz hingegen, insbesondere aber Frankreich, dessen Bevölkerung in den letzten zwanzig Jahren wohl unter allen europäischen Ländern die höchste Steigerungsrate seines Lebensstandards erreicht hat, zeigen sich von den Erfolgen Grossbritanniens, USA und Neuseelands unbeeindruckt. Immerhin, unter den Massnahmen und Optionen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist die Entschlackung der Arbeitszeitregelung als vorrangig anzusehen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Akzeptanz der Betroffenen dafür am höchsten zu sein scheint. Die Flexibilisierung des Lohn- und Steuersystems als weitere essentielle Massnahme findet diese Akzeptanz noch nicht. Es macht sich aber bereits die Tendenz bemerkbar, dass man zum Beispiel für mehr Freizeit auch bereit ist, Lohnstrafen hinzunehmen. Was die notwendige Aufhebung der Marktzutrittsbarrieren betrifft, so ist in erster Linie eine aufgeblähte Bürokratie, aber auch das historisch tief verwurzelte sozioprofessionelle Prestige, das heute etwa ein Diplom über die effektiv vorhandene berufliche Kompetenz stellt, abzubauen. Im Bereich der Aus- und Weiterbildung sollten die Lerninhalte weitaus früher den Bedürfnissen der Arbeitswelt angepasst werden. Grundsätzlich ist eine Verkürzung der Ausbildungszeit vor allem an den Hochschulen ins Auge zu fassen. Wesentlich für die Akzeptanz aller Massnahmen ist der Wille zum gegenseitigen Verständnis der Vorbehalte und Wünsche aller Beteiligten, die Fähigkeit mithin, die Bedürfnisse des Partners zu verstehen und in die Definition der eigenen Position mit einzu beziehen. Mit der Veränderung der Arbeitswelt scheint auch die traditioneller sozialer Codes einherzugehen. ♦

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Präsident: Hannes Androsch; *Kommentator:* Reinhard Frei; *Einführungsvoten:* Ernst Homberger, Christoph Koellreuter, Jean-Pierre Roth, Bernd Schips, Rudolf Walser

André Daguét, Michael Geuenich, Christine Grünig, Gerd Habermann, Peter Hablützel, Ursula Hafner, Peter Hess, Albert Huch, Stefan Kuchelmeister, Dieter Leutwyler, Marina Masoni, Peter B. Müller, Peter Relly, Urs B. Rinderknecht, Gerhard Schwarz, Barbara Scheel, Theodor Tschopp, Alfonso Tuor

Informationsgesellschaft und immaterielle Volkswirtschaft

Michael Wirth

The Information Society and The Intangible Economy

The formal labour society, which is characterised by the status of the employed, has some great difficulties to contend with. Much hope is placed therefore on the informal labour society, which produces intangible goods such as information and communication and other services, and in which people offer their labour, temporarily,

in a way which reflects their sense of responsibility for themselves and their entrepreneurialism. The working group «The Nature of Unemployment Today and of Work Tomorrow» shall tackle the opportunities of a society without fixed employment. «Vocations» will belong to the utopias of yesterday; the overall standard of living will fall, together with purchasing power; a two-thirds society will be created without any social capital. On the other side of the ledger will be, among other positive aspects, greater independence and freedom for the individual, and – via hand-outs or negative income taxes for the non-working members of society – a more efficient welfare system based on voluntary care and neighbourhood working schemes.

In Westeuropa wird die These des amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers *Jeremy Rifkin*, dass der formalen Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehe, zumeist dahingehend interpretiert, dass zwar in Zukunft eine unbeschränkte Menge Arbeit vorhanden ist, unter ökonomischen Gesichtspunkten aber nicht jede Arbeit bezahlt werden kann. Die Experten mögen sich darüber streiten, ob die Produktivitätssteigerung der letzten Jahrzehnte, etwa durch die Informatisierung der Arbeitsprozesse, mehr Arbeitsplätze geschaffen als aufgehoben hat; unbestritten ist, dass sich in den nächsten Jahren das Verhältnis des Einzelnen zu seiner Arbeit grundlegend ändern wird. Neue Bedürfnisse in sich zunehmend globalisierenden Märkten erfordern eine grundlegend neue Organisation der Arbeit. Die Veränderungen stehen ebenso im Zeichen einer Senkung der Arbeitskosten wie auch in dem einer effizienteren Anwendung fachlicher Kompetenz. Es wird ein Wechsel von der formalen Arbeitsgesellschaft, die vom Angestelltenstatus geprägt ist und weitgehend materielle Güter produziert, zu einer informellen Arbeitsgesellschaft stattfinden, in der Angestellte zu Unternehmern mutieren, die zunehmend immaterielle Werte, insbesondere Dienstleistungen im selbstverantwortlichen, gleichsam unternehmerischen Sinne und in befristeten Arbeitsverhältnissen auf Honorarbasis erstellen (Einführendes Votum von *Christian Lutz*). Diese Veränderungen und ihre möglichen Konsequenzen für das soziale Gefüge der Industriegesellschaften werden heute, obwohl wir ihre Anfänge bereits spüren, von den Medien kaum erkannt, geschweige denn analysiert. Die wohl einschneidendste Folge der neuen Entwicklung: Das Honorar wird im Gegensatz zum traditionellen Gehalt unvorhersehbar. Geht man davon aus, dass es in der Regel weniger hoch sein wird als das Gehalt in der formalen Arbeitsgesellschaft, scheint sich die Notwendigkeit abzuzeichnen, dass eine Person mehrere, befristete, ständig wechselnde Arbeitsverhältnisse eingeht. Eine eigenverantwortliche Organisation der Arbeitszeit erlaubt keine klare Trennung der Privat- und Arbeitssphäre mehr. Der eigenen Verantwortung unterliegt auch die Altersvorsorge, die nicht mehr auf einem staatlich garantierten Minimum beruht.

Unter den Tätigkeitsbereichen, in denen Arbeitsmarktexperten seit geraumer Zeit in hohem Masse neue Arbeit auf Mandatsbasis entstehen sehen, gehören die von den neuesten Kommunikations- und Informationstechnologien geförderten Dienstleistungen. Vor allem die Freizeitindustrie, Vergnügungsparks etwa und der professionelle Sport, haben in den westlichen Industriegesellschaften in den letzten 15 Jahren boomartig Arbeitsplätze geschaffen. Unter den Dienstleistungen sind solche mit hohen Wertschöpfungen von solchen mit einer weniger hohen Wertschöpfung etwa im Bereich der Alten- und Krankenpflege zu unterscheiden. Hier besteht zwar eine grosse Nachfrage, klein ist allerdings in den westeuropäischen Ländern die Zahl der Pflegebedürftigen, welche die beanspruchte Leistung auch aus der eigenen Tasche bezahlen können. Der Ruf nach dem Staat wird somit nicht verstummen. Immerhin hat auch die britische Premierministerin *Margaret Thatcher* in den achtziger Jahren aller Deregulierungsdynamik zum Trotz den National Health Service unangetastet gelassen. Arbeitsmandate im Dienstleistungssektor mit geringer Bezahlung können zwar durch eine Kumulation von Mandaten kompensiert werden. Ob diese aber so leicht praktikierbar ist wie noch im 19. Jahrhundert, als ein Bauer auch Winzer und Handwerker war, diese Tätigkeiten aber auf kleinstem Raum, nämlich dem der Dorfgemeinschaft, ausführte, mag bezweifelt werden. Heute müssen von einer Person, die zwei oder drei Arbeitsmandaten nachgeht, grosse Entfernungen zurückgelegt werden, die sehr hohe zeitliche und finanzielle Belastungen mit sich bringen.

Eine zentrale Frage der nächsten 10–15 Jahre wird zweifellos sein, ob sich der Mensch überhaupt soweit individualisieren lässt, dass er auf staatliche Regulierungen verzichten kann. (Eingangsvotum *Beat Kappeler*). Die Schwerfälligkeit des Staates, auch oder gerade in der Rolle als Überwacher und Regulierer, ist bekannt und unumstritten. Vor allem bei der staatlichen Förderung von Mobilität sind Zielkonflikte vorhersehbar. So «fallen» Arbeitnehmer in der formalen Arbeitsgesellschaft nicht selten aus der Sozialversicherung ihres Staates «heraus», wenn sie regelmässig und über mehrere Jahre im Ausland arbeiten. Mobilität hat die Tendenz, nicht nur jene traditionellen Familienstrukturen, die später an Stelle des Staates wieder einen Teil der Altersversicherung übernehmen sollen, zu zerstören, sondern gefährdet auch, ähnlich wie dies etwa die Aufhebung des Sonntags als Ruhetag tut, das Familienleben als das die Produktivität und Kreativität des Einzelnen fördernde Sozialkapital. Greift der Staat hier regulierend ein, so vermag er

zwar einerseits dieses Sozialkapital zu schützen, läuft aber andererseits auch die Gefahr, die Freiheit der Arbeit des Einzelnen zu beschneiden.

Etwa die Hälfte der Arbeitslosen, die in dem heute als Modell geltenden Grossbritannien seit etwa drei Jahren wieder Arbeit gefunden haben, verdienen nur noch 60–70 Prozent ihres ursprünglichen Salärs. Angesichts der zu erwartenden Senkung des Lebensstandards der Mittelschicht stellt sich die Frage nach der ökonomischen und sozialen Funktion, welche diese in den westeuropäischen Gesellschaften künftig innehaben wird (Eingangsvotum *Beat Kappeler*). Immerhin übte sie bisher viele Informations-, Vermittlungs- und Kontrollfunktionen aus. Wie soll deren Kaufkraftverlust in einer Gesellschaft ausgeglichen werden, die, so ist zu erwarten, in ein Drittel zwar nicht mehr arbeitsloser aber unterbeschäftigter und schlecht verdienender und in zwei Drittel gut verdienender Menschen gespalten ist? Ganz wird man weder auf die Hilfestellung des Staates noch auf die der höchst produktiven Kräfte des formalen Sektors verzichten können. Der Rückzug eines bedeutenden Teils der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Status der/des Nicht-Arbeitenden wird sich als unumgänglich erweisen. Ihre soziale Sicherung würde aus dem formalen Sektor stammen. Bürgergeld und negative Einkommenssteuern sichern die Umverteilung, und die Nicht-Arbeitenden leisten freiwillige Pflege- und Nachbarschaftsarbeit. Das Grundeinkommen erlaubt es, sich seinen Platz im formalen oder informellen Sektor auszusuchen, und auch wieder mal zu wechseln. Die Sozialeinrichtungen, die heute 40–50 Prozent des Volkseinkommens umverteilen, könnten so gestrafft oder abgeschafft werden.

Die Frage nach der Individualisierungsbereitschaft der Menschen und die nach dem künftigen Status beruflicher Arbeit sind eng miteinander verbunden. Mag auch der Abschied von einem historisch tief verwurzelten Verständnis traditioneller Berufsarbeit ein Garant für den künftigen Erfolg der Volkswirtschaft sein, die Abschätzung der sozialen Folgen ist von allen am Wirtschaftsleben beteiligten Kräfte noch zu leisten. ♦

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:

Präsident: Bernard Perret; *Kommentator:* Michael Wirth; *Einführungsvoten:* Klaus J. Jacobs, Beat Kappeler, Christian Lutz

Andreas Bellwald, Christian Boesch, Jean Marc Boulgaris, Sébastien Bourquin, Hans-Peter Burkhard, Mgr. Joseph Candolfi, Charles Goldfinger, Klaus Hug, Hervé Mariton, Mauro Martinoni, Peter Meister, Eugénie Pollak Iselin, Martino Rossi, Pierre Weiss, Jean Zwahlen

Erziehung und Bildung im Hinblick auf die Gesellschaft von morgen

Alexandra M. Kedveš

Training and Education with Regard to the Society of Tomorrow
Educational misery was the catch phrase with which Tony Blair whipped up his election campaign. Even in Germany, from first-year university students all the way to the Bundespräsident, complaints are registered about the educational system. Students go on strike for better studying conditions; the economy and politicians demand quicker completion of studies as well as graduates with excellent qualifications who are intellectually as well as physically mobile and fully oriented toward the labour market's realities. The working group «Training and Education with Regard to the Society of Tomorrow» shall explore the shortcomings of the present educational system, establish the required profile of an educational system of the future, and discuss ways of getting from the former to the latter.

«Schaffen wir ein Bildungswesen, das Leistung fördert, keinen ausschliesst, Freude am Lernen vermittelt und selbst als lernendes System kreativ und entwicklungsfähig ist. (...) Entlassen wir unser Bildungssystem in die Freiheit», lautet das Schlusswort der Rede des deutschen Bundespräsidenten Roman Herzog auf dem Berliner Bildungsforum im November 1997. Besonders Herzogs Schelte, in der Bundesrepublik sei man universitär «nicht mehr gut und rasch genug», hat einigen Staub von der Akte «Bildung» heruntergewirbelt. Mit ganz ähnlichen Diagnosen und Postulaten hat auf dem Wolfsberg die multinationale Arbeitsgruppe V «Erziehung und Bildung im Hinblick auf die Gesellschaft von morgen» einen gründlichen Putzplan für die Bildungsinstitutionen und ihre Akteure entworfen:

Zu den Zielen eines reformierten Bildungswesens gehört vor allem die Förderung einer *Mentalität*, die den Ansprüchen einer Welt in Zeiten des globalisierten Unternehmertums Rechnung trägt. Ein dementsprechend angepasster Lehrplan müsste folgende Lernziele enthalten: Zusammenhänge herstellen, Wissen organisieren, Lösungswege finden, Lerntechniken verbessern; sich informieren und Kommunikationstechniken beherrschen (soziale Fertigkeiten und Fremdsprachenkenntnisse spielen dabei ebenso eine Rolle wie technisches *know-how*); Unternehmergeist entwickeln, wozu die Fähig-